

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

29. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan

am Mittwoch, dem 17.09.2025 um 17:00 Uhr

in der Aula des städt. Gymnasiums Haan, Adlerstr. 3

Beginn:
17:00

Ende:
19:32

Vorsitz

Stv. Vincent Endereß

CDU-Fraktion

AM Robert Abel
Stv. Anette Braun-Kohl
AM Manfred Kupke
Stv. Annette Leonhardt
Herr Gerhard Rosendahl

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey
Stv. Jörg Dürr
Stv. Simone Kunkel-Grätz
AM Sandra Niklaus

Vertretung für Stv. Martin Haesen, ab
TOP 2

WLH-Fraktion

AM Sascha Bornträger
Stv. Meike Lukat
Stv. Nadine Lütz
Stv. Sonja Lütz

ab TOP 4
bis TOP 3

GAL-Fraktion

AM Jörg-Uwe Pieper
Stv. Andreas Rehm
Stv. Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

AM Dirk Raabe

Schriftführung

VA Fabian Beyer

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Vertretung für Herrn Dr. Rolf Brockmeyer

Techn. Dezernent

Techn. Dezernent Joachim Horst

Verwaltung

TA Guido Mering
StVD'in Doris Abel
VA Janine Müller
Frau Anja Klöckener

Gäste

Herr Dr. Thomas Bremen
AM Godehard Büskens
Stv. Nicola Günther
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Jens Niklaus
Frau Emilia Zambon

Der Vorsitzende Vincent Endereß eröffnet um 17:00 Uhr die 29. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Befangenheitsmitteilungen vor.

2./ Bürgerantrag: Umwidmung der Wiesenstraße in eine Anliegerstraße **Vorlage: 66/114/2025**

Protokoll:

Stv. Braun-Kohl erklärt für die CDU-Fraktion, alle Straßen rund um das Haaner Bachtal seien als Anliegerstraßen ausgewiesen. Der Wegfall der Parkbuchten an der Alleestraße zur Umsetzung eines Fahrradschutzstreifens habe den Parkdruck insbesondere auf der Wiesenstraße erhöht. Auch seien hier nach der Sanierung des Bachtals mehr Kinder fußläufig unterwegs. Daher könne man die pauschale Ablehnung des Bürgerantrages durch die Verwaltung nicht nachvollziehen.

Stv. Dürr plädiert seitens der SPD-Fraktion für eine Aufnahme in den Handlungskatalog „Gesamtkonzept zur Verkehrssicherheit im Stadtgebiet“.

Stv. Lukat vertritt für die WLH-Fraktion die Ansicht, eine Aufnahme in diesen Handlungskatalog müsse als unpassend angesehen werden, da es sich hier nicht um eine Tempo 30-Problematik handele und die Wiesenstraße eine Sackgasse darstelle. Straßenverkehrsrechtlich betrachtet gebe es bei einer Anliegerstraße nur die Möglichkeit einer Teileinziehung bei einer Gefahrenlage, die aber hier nicht vorliege. Evtl. könne noch die Option „Bewohnerparken“ geprüft werden.

Techn. Dez. Horst legt dar, dass die Verwaltung in ihrer Funktion als Straßenverkehrsbehörde zum einen nicht durch Beschluss des Rates oder seiner Ausschüsse gebunden werde, zum anderen bei ihren Entscheidungen aber einen Ermessensspielraum habe. In diesem Falle sei aber die gewünschte Anordnung im Rahmen des Ermessensspielraums nicht möglich. Er schätzt ein, dass dies auch für ein „Bewohnerparken“ gelte.

Stv. Leonhardt sieht eine Chance im „Bewohnerparken“ und bittet die Verwaltung, Kontakt zu den Anwohnern aufzunehmen.

TA Mering sagt zu, Parkzeitbegrenzungen könnten auf Antrag geprüft werden, die Verwaltung sehe aber keine Chance für das „Bewohnerparken“. Weiterhin äußert er Verständnis für den allgegenwärtig zunehmenden Parkdruck und plädiert für ein Gesamtkonzept Parkplätze.

Stv. Dürr möchte den Weg eines Gesamtkonzeptes beschreiten und den Bürgerantrag nicht abschlägig bescheiden.

Stv. Lukat meint, die Situation an der Wiesenstraße sei nach eigener Inaugenscheinnahme nicht so arg, in Großstädten herrsche ein anderer Parkdruck. In unmittelbarer Nähe befände sich ein Parkplatz am Verwaltungsgebäude Alleestr.8. Heute gebe es praktikable Möglichkeiten den Parksuchverkehr mittels einer App einzuschränken. Sie wolle keine falsche Hoffnung bei den Antragstellern schüren, indem der Antrag heute nicht abgelehnt werde.

Stv. Rehm betont, auch das Instrument des „Bewohnerparkens“ könne den Parksuchverkehr nicht verhindern.

Zur Tagesordnung stellt **Stv. Abel** den Antrag, den Bürgerantrag aufgrund weiteren Beratungsbedarfes in der nächsten UMA-Sitzung weiter zu beraten.

Beschluss:

Die Entscheidung über den Bürgerantrag wird wegen des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes in die nächste Sitzung des UMA geschoben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3./ Verpackungssteuer

hier: gemeinsamer Antrag der SPD und GAL vom 27.03.2025

Vorlage: 20/152/2025/1

Protokoll:

Stv. Rehm bemängelt für die GAL-Fraktion die Vorlage der Verwaltung. Dort seien nur die vermeintlichen Risiken einer Verpackungssteuer, nicht aber die Chancen zur Steuerungsmöglichkeit dargelegt worden. Viele Argumente seien einfach falsch. So sei die in der Studie erwähnte Vergleichsgröße der gewogenen Müllmenge nicht dienlich, da das Gewicht einer einzigen Sektflasche erst mit einigen hundert PVC-Verpackungen erreicht werden könne. Die Studie weise aber auch aus, dass die Stadt Tübingen die Nr. 1 in der Verwendung von Mehrwegverpackungen sei. Da wolle man in Haan auch hinkommen.

Auch **Stv. Blossey** meint, der Verwaltung seien bei Erstellung der Vorlage fachliche Fehler unterlaufen. So werde es nicht zu einer Doppelbesteuerung kommen, da Bund und EU keine eigene Steuer planten. Auch die Zahl der Einnahmen sei falsch dargestellt worden: Tübingen habe 950.000 € / Jahr eingenommen, die die Stadt Haan offenbar nicht brauche. Der in der Vorlage bezweifelte Lenkungseffekt zu mehr Sauberkeit und Umweltschutz bestehe sehr wohl. Ferner werde der Verwaltungsaufwand massiv überschätzt und der angeführte Zeitplan diene der Verwaltung nur als Vorwand. Die Stadt Konstanz habe ein entsprechendes Prüfungsrecht in ihre Satzung eingebaut.

Stv. Braun-Kohl sieht durch eine Satzung einen hohen Aufwand für die Einzelhändler und eine zusätzliche Belastung für die Verwaltung. Haan sei kleiner als Tübingen, die Einnahme werde sich nicht in der genannten Höhe bewegen. Man müsse den Bürgern auch sagen, dass dies im Ergebnis eine unnötige Verteuerung der to go-Gastro darstelle. Die Fastfood-Anbieter sollten eine Abfallvermeidungsstrategie erarbeiten müssen.

StVD in Abel führt aus, die Verwaltung empfehle mit dieser Vorlage ein Bürokratiemonster nicht zu schaffen. Die Verwaltung müsse jeden kleinen Anbieter auf seine Steuerpflicht überprüfen. Es gebe Gründe, warum sich viele andere Städte dagegen entschieden hätten. Aufwand und Ertrag einer solchen Steuer stünden nicht in Einklang miteinander.

Stv. Lukat weist darauf hin, dass das Land NRW eine solche Steuer zunächst genehmigen müsse. Zudem sei jede Steuer nur so gut, wie sie überprüft werde, die Mustersatzung enthalte aber keine Ahndungsmöglichkeit.

Stv. Rehm widerspricht, das System Mehrweg müsse vorangetrieben werden, die Höhe der Steuereinnahme sei nachrangig. Er bemängelt, dass sich die Stadt Haan noch nie nachhaltig und konsequent dem Umweltschutz verschrieben habe. Er formuliert einen Beschlussvorschlag.

Techn. Dez. Horst weist dies zurück. Er erinnert daran, dass die Verwaltung viele Inhalte und Vorlagen zum Thema Umwelt- und Klimaschutz vorgelegt habe. Die begrenzten personellen Ressourcen ließen nicht alles Wünschenswerte zu, hier müsse die Verwaltung immer wieder priorisieren.

Stv. Blossey bekräftigt, die Städte Köln, Bonn und Oberhausen stünden kurz vor der Einführung einer entsprechenden Satzung, weitere 10 Städte deutschlandweit befänden sich wie Haan in der Prüfung. Die Stadt Tübingen habe eine Ahndungsmöglichkeit gefunden. Das Steuergeld solle mitgenommen werden, um die Gebühren an anderer Stelle nicht erhöhen zu müssen. Diesen Hebel dürfe man nicht aufgeben, sondern endlich den Ressourcenschutz in Haan leben.

StVD in Abel erwidert, wenn man die zusätzliche Personalaufwendung gegenrechne, sei kein großer Benefit zu erwarten.

Stv. Braun-Kohl korrigiert, die Städte Köln und Bonn hätten ihre Aktivitäten wegen vieler offener Fragen derzeit auf Eis gelegt, die Steuer stelle nicht die einzige Option einer Lenkung dar.

AM Raabe erklärt für die FDP-Fraktion, man müsse auch die Kosten für die Straßen- und Parkreinigung als Kosten der Allgemeinheit gegenrechnen. Er sehe keine andere Lenkungsmöglichkeit als die Steuer.

Stv. Lukat macht darauf aufmerksam, dass die WLH-Fraktion immer wieder entsprechende Vorschläge eingebracht habe. Sie stellt klar, dass der Sinn einer Aufwandssteuer eine Lenkungswirkung sei, nicht eine Möglichkeit der Einnahmegenerierung. Das Kommunal- und Finanzministerium NRW müsse gem. § 2 II KAG NRW eine solche Steuer genehmigen. Genehmigungsfähig sei sie aber nur, wenn die Lenkungswirkung nachgewiesen werde. Sogar die Stadt Köln habe mit einer riesigen Verwaltung noch viele offene Fragen. Daher bitte sie den Antragsteller, den Antrag ruhend zu stellen, bis in Köln eine Entscheidung gefallen sei.

Beschluss:

Der UMA empfiehlt HFA und Rat, eine Verpackungssteuersatzung gem. Vorlage der Verwaltung zu erlassen.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja- und 7 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen

4./ Gebührenordnung für städtische Parkscheinautomaten im Stadtgebiet Haan
Vorlage: 32/058/2025

Beschluss:

Der UMA empfiehlt HFA und Rat, die als Anlage 1 beigefügte Parkschein Gebührenordnung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5./ Umsetzung der Schulwegeplanung / Grünpflege Sofortmaßnahmen
Vorlage: 70/048/2025

Protokoll:

Stv. Braun-Kohl fragt, ob generell eine andere Bepflanzung an den Problemstellen möglich sei.

Techn. Dez. Horst erläutert, dass ein niedriger Bewuchs genauso oder zum Teil noch pflegeaufwendiger sei als ein hoher Bewuchs, der nur von Zeit zu Zeit gestutzt werden müsse. Zudem habe man sich verwaltungsintern dazu entschieden, von den s.g. „Bodendeckern“ abzusehen.

Stv. Lukat moniert das Fehlen von z.B. Bewirtschaftungskarten.

Der Vorsitzende **Stv. Endereß** merkt an, für den Sachverhalt lägen die erforderlichen Unterlagen aus einer früheren Sitzung vor.

Hr. Sattler fragt nach, ob ein Privatmann überwachsendes Grün selbst kürzen dürfe, wenn die Meldung beim Mängelmelder keinen Erfolg hatte.

TA Mering erklärt, dies sei nicht rechtskonform. Selbst die Stadt dürfe nicht überwachsendes Grün von einem fremden Grundstück schneiden. Solche Vorfälle seien am besten direkt dem Ordnungsamt zu melden, welches die Eigentümer der Grundstücke auffordere, Abhilfe zu schaffen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Sachverhaltsdarstellung der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

6./ Novellierung der StVO - Tempo 30 im Stadtgebiet und weitere Umsetzung der Schulwegeplanung-Gesamtkonzept zur Verkehrssicherheit

Vorlage: 66/113/2025

Protokoll:

Stv. Braun-Kohl möchte wissen, ob nicht auch der Hülsberger Busch zwischen Graf-Engelbert-Straße und Adolf-Clarenbach-Straße als klassische Tempo 30-Strecke auszuweisen sei.

TA Mering erläutert, die Straße sei zu breit ausgebaut für eine Ausweisung nach Tempo 30.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, vor dem Hintergrund der Novellierung der STVO ein Gesamtkonzept zur Verkehrssicherheit im Stadtgebiet zu erstellen.

Mit der Zielsetzung einer flächendeckenden Erhöhung der Verkehrssicherheit fließen

- sowohl die von der SPD und WLH mit Anträgen vom 03.06.25 und 15.06.25 gemachten Vorschläge zu „Tempo 30“
 - als auch der Beschluss zur Schulwegeplanung aus der gemeinsamen Sitzung von UMA und BSA am 11.06.25
- in die konzeptionelle Gesamtbetrachtung mit ein.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7./ Unfallbrennpunkt "Polnische Mütze" - welche konkreten Maßnahmen sieht die Unfallkommission - Gefahrenzeichen
Vorlage: 66/115/2025

Protokoll:

Stv. Lukat sieht eine Analyse der Unfallgründe als wichtig an und fragt, warum die Stadt Haan die Planung der separaten Linksabbiegespur bezahlen müsse. Weiter möchte sie wissen, wie die Stadt der wachsenden Raserproblematik Herr werden könne.

Stv. Rehm stößt sich an der Einschätzung der Verwaltung, die von einem moderaten Unfallgeschehen ausgehe.

TA Mering legt dar, der Verkehrsstrom an der Polnischen Mütze sei erheblich, deshalb sei die quantitative Anzahl der Unfälle auch höher. Die Unfallkommission sehe aber hier keine außergewöhnliche Gefahr und habe sich für eine separate Grünphase für die Linksabbiegespur entschieden. Da es sich um die Kreuzung von einer Bundes- wie auch Landesstraße handele gelte folgende Kostenregelung: die Planung bezahlt die jeweilige Kommune, die Umsetzung als Baulastträger der Bund. Die zusätzliche Beschilderung sehe die Verwaltung nicht als dienlich an, zu weiteren Maßnahmen stehe man im Austausch mit dem Kreis.

AM Abel sieht an der Polnischen Mütze vor allem ein planerisches Problem.

Beschluss:

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

8./ Änderung der Parksituation an verschiedenen Straßen im Stadtgebiet

- hier: Mitteilung der Verwaltung zur Neuregelung der Parksituation an verschiedenen Gemeindestraßen

Bedenken von Anwohnenden wegen Gehwegfahrten Am Marktweg

Nachbarschaftsversammlung Gaudigweg - Anregungen der Anwohnenden

Vorlage: 66/116/2025

Beschluss:

Zu Sachverhalt 1 und 2:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Zu Sachverhalt 3:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten zur Lösung des Stellplatzproblems am Gaudigweg und Schirrmannweg im Rahmen einer Quartiersbetrachtung zu eruieren. Die von den Anwohnenden vorgeschlagenen Lösungen, insbesondere die Einrichtung eines Verkehrsberuhigten Bereiches, fließen in diese Prüfung mit ein.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9./ Verschmutzung durch Zigarettenkippen im öffentlichen Raum

- hier: Anträge von CDU- und WLH-Fraktion

Protokoll:

Stv. Lukat moniert, weder habe die Verwaltung eine beschlussreife Vorlage erstellt, noch einen alternativen Mitteilungstext. Es sei die identische Mitteilung vorgelegt worden, obwohl bereits in der letzten UMA-Sitzung erhebliche Zweifel an der Umweltschutzauglichkeit des vorgestellten Aschenbechers geäußert worden waren.

Techn. Dez. Horst erklärt, Ergebnis der letzten UMA-Sitzung sei lediglich gewesen, dass weiterer Beratungsbedarf bestehe. Die Verwaltung halte im Übrigen an ihrer Sichtweise fest und habe keinen Auftrag in Bezug auf Prüfung der Umweltschutzauglichkeit des vorgestellten Aschenbechers erhalten.

Stv. Braun-Kohl zeigt sich enttäuscht, dass die Alternativvorschläge der CDU-

Fraktion nicht eingehender geprüft worden seien und möchte wissen, wie viele dieser Aschenbecher angeschafft werden sollten.

Protokollnotiz: Die Verwaltung möchte im Jahr 2026 ca. 180 Kippenbehälter an jeweils einen Abfallbehälter im Stadtgebiet montieren. Sollten weitere Erfordernisse an den ca. 450 Abfallbehältern im Stadtgebiet auftreten, werden für 2027 weitere Haushaltsmittel eingeplant.

Auch **Stv. Rehm** ruft in Erinnerung, dass die Verwaltung den Umweltaspekt im Allgemeinen und die Regensicherheit der Aschenbecher im Besonderen zu heute hätte prüfen sollen.

Techn. Dez. Horst widerspricht dem aus vorgenannten Gründen und erläutert, die Verwaltung bediene mit diesem TOP den Beratungsbedarf des UMA. Die Alternativ-Varianten der CDU-Fraktion bedeuteten einen enormen zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Verwaltung.

Stv. Lukat ist der Ansicht, die Verwaltung habe die Fragen des Ausschusses zu beantworten, dafür sei keine separate Beschlussfassung erforderlich. Hiermit stelle sie den Antrag, in der kommenden Sitzung des HFA den durch die Verwaltung ausgewählten Zusatzaschenbecher für die Müllbehältnisse ausführlich vorzustellen und auf seine Umweltverträglichkeit zu überprüfen. Weiterhin sei der „Abstimmungsaschenbecher“ am Bürgergarten gut angenommen worden.

Beschluss:

Die Verwaltung stellt in der kommenden Sitzung des HFA den für Müllbehälter ausgesuchten Aschenbecher vor und prüft diesen auf dessen Umweltverträglichkeit bzgl. Nikotinauswaschung durch Niederschlag.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10./ Umbau Bahnhof Haan

- hier: **Stellungnahme der Stadt Haan im Rahmen der Plangenehmigung nach § 18 Abs. 1 AEG i.V.m. § 74 VwVfG für das Bauvorhaben "Änderung Verkehrsstation Haan", Bahn-km 3,500 der Strecke 2730 Gruiten-Köln in Haan**

Vorlage: 61/121/2025

Protokoll:

Hr. Sattler erklärt, auch die ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten und der Seniorenbeirat hätten entsprechende Stellungnahmen abgegeben. Er möchte wissen, inwieweit diese in die aktuelle Version eingeflossen seien.

Stv. Dürr bedauert, dass kein direkter Zugang von der Brücke auf den Bahnsteig vorgesehen sei. Die SPD-Fraktion wolle das Bahnsteigdach erhalten, um hier Solarmodule aufbringen zu können. Er fragt, ob das Dach nicht auch eine Lärmschutzfunktion bediene. Weiterhin müssten Notrufsäulen aufgestellt werden. Er möchte noch wissen, ob es ähnlich detaillierte Unterlagen auch zur Umgestaltung des Bahnhofs Gruiten geben werde.

Techn. Dez. Horst führt aus, der Lärmschutz habe nachrangigen Charakter, der Erhalt des Daches und die Aufbringung von Solarmodulen werde in der Stellungnahme angesprochen. Tatsächlich orientiere sich die Bahn am Bestand, eine wesentliche Veränderung zum Erstentwurf sei nicht erfolgt. Da die Stadt für den Bahnhof Gruiten noch nicht zu einer Stellungnahme aufgefordert worden sei, habe man dieserhalb noch keine Unterlagen bereitgestellt.

Stv. Lukat bittet um zeitnahe Beteiligung der Öffentlichkeit, um den Stillstand zu beenden. Die Stellungnahme der Verwaltung sei zu ergänzen um ein Beleuchtungskonzept, Notrufsäulen und eine Optimierung der Sauberkeit.

Stv. Rehm möchte ebenfalls das Dach erhalten, auch wenn dies keinen Effekt auf den Lärmschutz habe. Evtl. müsse aufgrund der Einrichtung der Baustelle das Dach aber um eine Achse gekürzt werden.

Stv. Braun-Kohl fragt, welche Möglichkeiten für den UMA bestünden, auf die Deutsche Bahn verstärkend einzuwirken.

Techn. Dez. Horst erläutert, dass die Bahn im aktuellen Verfahren eine Benehmensherstellung mit der Stadt durchführen müsse, daher werde die Bahn die Stellungnahme sicher würdigen, eine separate Stellungnahme eines politischen Gremiums werde weniger eine Rolle spielen.

Beschluss:

1. Der Stellungnahme der Verwaltung zum Bauvorhaben „Änderung der Verkehrstation Haan“ wird zugestimmt.
2. Diese wird um die Punkte „Beleuchtungskonzept“, „Notrufsäulen“ und „Kürzung des Bahnhofsdaches um eine Dachachse“ ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

11./ Konzept zur nachhaltigen Klimaanpassung und für natürlichen Klimaschutz für die Stadt Haan
- hier: Vorstellung des weiteren Verfahrens im Fördervorhaben (ANK-DAS-A.1)
Vorlage: KUM/023/2025

Beschluss:

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

12./ Publizierung von Kennzahlen zum Ressourcenverbrauch im regelmäßigen Turnus - inklusiver Analyse der Ergebnisse
Vorlage: 65/071/2025

Protokoll:

Stv. Dürr fragt nach dem Bestehen von Effizienzklassen für Gebäude.

Stellungnahme der Verwaltung

Das Gebäudemanagement hat keine Effizienzklassen für Gebäude vorliegen. Jedoch werden Energienachweise gem. Energieeinsparverordnung (EnEV) für alle Schulen und Verwaltungsgebäude (größer 250 m²) geführt.

Stv. Rehm fragt angesichts klimatisch unterschiedlicher Winterverläufe, ob die dargestellte Veränderung beim Gasverbrauch klimabereinigt worden sei.

Stellungnahme der Verwaltung

Die Berechnung der Energiekennzahlen erfolgt entsprechend dem durch den DWD für Haan veröffentlichten Klimafaktor witterungsbedingt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

13./ Sachstandsbericht des Tiefbauamtes
Vorlage: 66/112/2025

Protokoll:

Auf Nachfrage aus der WLH-Fraktion erläutert **TA Mering**, dass es keinen neuen Sachstand beim Straßenbauprojekt Ohligser Straße gebe, es sei eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung voranzutreiben.

AM Pieper meldet eine fehlende Fahrbahnmarkierung an der Fahrradstraße Am Buschhöfen und möchte generell wissen, wie sich die Haltbarkeit der Markierungen verbessern lasse.

TA Mering erklärt, die Markierung Am Buschhöfen werde demnächst durchgeführt. Mit der Haltbarkeit der Piktogramme zeigt sich die Verwaltung ebenfalls unzufrieden, hier müsse über die Verwendung alternativer Piktogramme nachgedacht werden.

Auf Nachfrage aus der CDU-Fraktion versichert **TA Mering**, dass die Arbeiten am Radweg Bollenheide im Zeitplan lägen.

Stv. Dürr macht darauf aufmerksam, dass die Zeit des Schienenersatzverkehrs im Zuge des Umbaus des Haaner Bahnhofes und die Arbeiten an der Ohligser Straße in den gleichen Zeitraum fallen könnten.

TA Mering führt aus, die Bahn darauf hingewiesen zu haben. Diese sehe aber keinen alternativen Zeitplan, daher müsse die Stadt in diesem Falle die Bauabschnitte an der Ohligser Straße anpassen.

AM Pieper möchte noch wissen:

1. Wie ist der Sachstand beim Ausbau der Kirchstraße?
2. Könnten bei der neuen Ampelanlage an der Kreuzung Prälat-Marschall-Str./Parkstr./Dörpfeldstr. die Gestaltung der Lichtzeichen verändert werden?

TA Mering erklärt:

1. Der Auftrag zur Erstellung eines Vorentwurfes sei erteilt worden, der Baubeginn solle im Frühjahr 2026 starten, im nächsten UMA gebe es dazu eine Vorlage.
2. Da die Park- und Dörpfeldstr. nicht mehr vorfahrtberechtigt seien, könnten die Grünphasen anders verteilt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der kommunalen Bauprojekte des Tiefbauamtes (siehe Anlage) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

14./ Beantwortung von Anfragen**Protokoll:**

TA Mering erläutert, die Messergebnisse würden zu Protokoll veröffentlicht.

Stellungnahme der Verwaltung

Auf Anregung der SPD-Fraktion wurde im Mai 2025 in der Bahnstraße das Geschwindigkeitsmessgerät aufgestellt. Mit Anfrage zum UMA am 17.09.2025 fragt die SPD-Fraktion:

Welche Werte wurden im Zuge dieser Aufstellung gemessen? Wie sind die gemessenen Werte aus Sicht der Verwaltung zu bewerten?

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die Verkehrssituation auf der Bahnstraße insbesondere im gemessenen Bereich zu verbessern?“

Die bidirektionale Geschwindigkeitsmessung auf der Bahnstraße fand im Zeitraum vom 05.05.2025 bis 13.05.2025 im Abschnitt zwischen der Kreuzung Parkstraße/Dörpfeldstraße und der Einmündung Am Ziegelhäuschen statt.

Bei einer Anzahl von 2901 Fahrten insgesamt (tägliche Fahrzeugbewegungen durchschnittlich 337 Fahrten) war die für eine Bewertung der Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung relevante V85 mit 33 km/h und einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 27 km/h unauffällig.

Die Zahl der Fahrten über 40 km/h bis maximal 51 km/h macht einen Anteil von 1,52 Prozent an den Gesamtfahrten aus.

Eine Notwendigkeit zur Verbesserung der Verkehrssicherheit hinsichtlich der gefahrenen Geschwindigkeiten ist hieraus nicht ersichtlich und angesichts der bereits verkehrsberuhigend wirkenden Parksituation sowie der baulich bereits vorhandenen Engstellen auch wenig zielführend.

Ferner erklärt er, die Windfoche sei eine Gemeindestraße, die als noch nicht erstmalig hergestellt gelte.

Hr. Sattler fragt, ob es einen neuen Sachstand bzgl. der Ampelanlage an der Landstraße/Elberfelder Str. gebe.

TA Mering führt aus, die Ampel sei irreparabel funktionsuntüchtig. Eine Ersatzbeschaffung werde nicht so schnell umzusetzen sein. Behelfsmäßig sei eine Tempo 30-Beschilderung vorgenommen worden.

15./ Mitteilungen

Protokoll:

AM Abel bedankt sich beim Umweltstab für die fachkundige Unterstützung bei Bürgerfest und Nachhaltigkeitswoche.